

Inzwischen Saloniki von türkischen Truppen geräumt worden ist, und bei dieser Gelegenheit auch die türkischen amtlichen Organe das Gebiet verlassen haben, liegt es in der Natur der Sache begründet, daß die dort zurückgebliebenen türkischen Unterthanen sich nunmehr unter den Schutz desjenigen Staates stellen, der ihn bereits auch an anderen Stellen ausübt.

Oesterreichs äußerste Jugendkündnisse.

Das Döcksmah der Jugendkündnisse, die Oesterreich im völligen Einvernehmen mit Italien zur Beilegung der Differenzen mit Serbien zu machen bereit ist, wird dem Pariser „Tempo“ in einer aus amtlichen Wiener Quellen kommenden Depesche in folgender Form mitgeteilt: Oesterreich erkennt rückhaltlos an, daß Serbien als Preis seiner Waffenerfolge Anspruch auf Albanien und den Sandtschal Nowibazar hat. Auch gegen Serbiens souveränen Besitz eines Hafens im Adriatischen Meer hat Oesterreich nichts einzuwenden. Ferner ist man in Wien noch immer gewillt, unter allen erforderlichen Bedingungen Serbien für seinen wirtschaftlichen Bedarf den Zugang zu einem dalmatinischen Hafen zu erhalten und überdies ein serbisch-montenegrinisches Uebereinkommen zur Kenntnis zu nehmen, wonach Serbien politische und wirtschaftliche Rechte auf einen montenegrinischen Hafen erlernte. Das letzte und wichtigste Jugendkündnis der Wiener Regierung ist, daß Serbien für den wirtschaftlichen Bedarf auch den Zugang zu einem Hafen des künftigen autonomen Albaniens erhalten soll, mit der einzigen Beschränkung, daß die territoriale Einheitslichkeit dieses Zukunftstaates nicht etwa durch Schaffung eines serbischen Weibersvierecks Einbuße erleide. Von diesem Döcksmah der Wiener Jugendkündnisse erbielt die Belgrader Regierung soeben Kenntnis in einer Note, deren Ton durchaus freundlich gehalten ist. In Paris hat der „Tempo“-Artikel den Eindruck hervorgerufen, daß dort bei der bisherigen Erdörterung der serbischen Forderungen Oesterreich sehr zu Unrecht als Friedensstörer betrachtet wurde.

Der telegraphische Bericht des Konsuls Prochaska

ist nunmehr nahezu vollständig eingetroffen. Die Dechiffrierung erfordert noch einige Zeit, so daß die amtliche Bekanntgabe des Berichtes erst heute, Sonnabend, erfolgen kann. Von unrichtiger Seite wird mitgeteilt, daß der Bericht für die serbische Regierung ungünstig laute. Es geht daraus hervor, daß die serbischen Behörden sich gegenüber dem Konsul ein völkerverwundriges Verhalten hätten zuschulden kommen lassen.

Von den Kriegsanplänen.

Zwei türkische Rediv-Divisionen haben sich den bulgarischen Truppen bei dem Dorfe Merdumli zwischen Dedagash und Dimolka ergeben.

Wie aus Ueskub gemeldet wird, haben die serbischen Truppen Tibra eingenommen.

Nach den letzten Nachrichten sind bei Monastir 20000 türkische Soldaten gefangen genommen worden, darunter über 100 Offiziere, 450 Gefolge wurden erobert.

Die dritte serbische Armee eroberte Kleis, das Zentrum des Albaner Stammes Kallish, südlich der Ymna-Grenze im Sandtschal Debat. Damit ist der Widerstand im Ymna-Gebiet gebrochen.

Samos erklärt sich für Griechenland.

Von Samos wird gemeldet, daß die Insel die Vereinigung mit Griechenland proklamiert hat. Unter großer Begeisterung der Bevölkerung und großen Beifall wurde auf dem Stadthaus die griechische Fahne gehißt. Alle Beamten gaben den Eid auf den Namen des Königs der Hellenen ab. Nach freiesinniger Mutter wurde ein vorläufiges Gouvernements-Komitee gebildet. Der Bürgermeister hat das Palais geräumt und eine Privatwohnung bezogen.

Die neuesten Drahtberichte lauten:

Die internationale Lage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ behauptet, daß England die Absicht habe, den diplomatischen Meinungsaustausch unter den Großmächten über einzelne Punkte der Orientfrage — hat wie bisher von Kabinett zu Kabinett — in Form einer Vorkonferenz weiterzuführen zu lassen.

Paris. (Priv.-Tel.) „Marocini Viny“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem ungenannten Mitglied der serbischen Regierung, der erklärte, daß Serbien alles tun werde, um die äußerste Jugendkündnisse in Europa zu mildern. Er sagte weiter: Auf unserem Standpunkt bezüglich der Erwerbung eines Adriatischen Hafens bei Verwahrung der Autonomie Albaniens werden wir selbstverständlich verharren, aber wenn Europa gegen uns sein sollte, so werden wir uns deshalb nicht plagen.

Sofia. (Priv.-Tel.) Das Blatt „Mit“ veröffentlicht in einer offenbar inspirierten Notiz, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn die korrekteste Haltung bewahren haben und wahrhaftig die neue Lage auf dem Balkan sei nur geeignet, Interessen den Bulgaren und den Deutschen, die so viele Interessen im haben Ehen, namentlich in Kleinasien, haben, ein Verhältnis besserer Freundschaft und Mitarbeiterschaft herzustellen.

Paris. (Priv.-Tel.) Der „Matin“ bezeichnet heute die sensationellen Meldungen seines Konstantinopeler Korrespondenten über den angeblichen Bericht des Wiener türkischen Vorkonferenz-Vorsitzers Hilmi Pascha als eine türkische Fiktion, die bestimmt war, die Karren zu verwirren, um unter den europäischen Staaten ein Gefühl des wechselseitigen Mißtrauens zu erwecken.

Rom. Im Hinblick auf eine Studenten-Demonstration, die vorgestern vor dem Oesterreich-Konsulat in Venedig stattfand, hat Ministerpräsident Giolitti den Polizeichef von Venedig seitwärtig seines Amtes entsetzt. Er richtete gleichzeitig ein Rundschreiben an die Präfecten, in welchem er mittelst, daß er noch schärfere Disziplinarmassregeln ergreifen würde, wenn ähnliche Vorfälle in anderen Orten sich wiederholen sollten.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In Kiew müssen das deutsche und das österreichische Konsulat zur Vermeidung feindlicher Demonstrationen militärisch bewacht werden. Kriegsgeschichte haben im Kurland eine Partik unter der Bevölkerung hervorgebracht, die einen Run auf die Sparkassen herbeiführt.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Sofia. (Priv.-Tel.) Aus der Entsendung des Finanzministers zu den Waffenstillstandsverhandlungen und der Tatsache, daß der Subministerpräsident Danew die letzten Verhandlungen geleitet habe, wird geschlossen, daß unter Mitwirkung des Königs die Partei des Friedens die Oberhand gewonnen habe. Ein Minister sprach gestern Abend die Hoffnung aus, daß ein gutes Ende der Verhandlungen Sonnabend, spätestens Montag, zu erwarten sei.

Konstantinopel. Wie der „Islam“ erzählt, haben die türkischen Vorkonferenz in London, Paris und Petersburg der Fortsetzung der Ratschläge des englischen, des französischen und des russischen Ministers des Aeußeren überreicht. Diese Ratschläge betreffen, das Interesse der Fortsetzung eines schnellen Abschluß des Friedens. Wenn der Krieg fortgesetzt würde und unter den Mächten Konflikte entstanden, würde dies nicht zum Vorteil der Türkei ausfallen. Die Ratschläge der Tripelentente hätten auch den Balkanländern geraten, Frieden zu schließen, ohne auf übertriebenen Forderungen zu bestehen, da die Türkei den Frieden nur unter Wahrung ihrer militärischen

Stellung und der nationalen Interessen wünsche. Viel bemerkt wurde, daß der frühere Führer der Entente liberalo, Damad Ferid Pascha, der als Freund Englands bekannt ist, nach seiner gekrierten Konferenz mit dem Großwesir der Vorkonferenz Englands und Frankreichs demsuchte und danach dem Großwesir von dem Ergebnis seiner Unterredung Bericht erstattete.

Der Kampf um Skutari.

Nizza. Nach einer mehrstündigen Pause wurde im Laufe der letzten Nacht ein heftiges Geschützfeuer gegen die Stellungen der türkischen Truppen auf dem Karadolsch und auf der Vorwerke von Skutari eröffnet, das am Morgen eingestellt wurde. Es herrscht regnerisches Wetter. — Erbpriester Danilo ist leicht verletzt und hütet auf ärztlichen Rat das Bett.

Angeblichte Automobilkäufer in Deutschland.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Korrespondent des „Tempo“ in Petersburg will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß sich eine russische Militärkommission nach Berlin begeben habe, um alle auf dem deutschen Markt befindlichen Automobile aufzukaufen. Die Kommission verfährt über einen Kredit von 5 Millionen Rubel.

Drahtmeldungen

vom 29. November.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Erledigung der kleinen Anfragen wird die Besprechung der Interpellation über die Teuerung fortgesetzt. Abg. Siegel (natl.) findet die wahre Ursache der Teuerung in dem Umstande, daß der Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu lang und zu teuer ist. Vebel macht sich immer mehr eine Abneigung gegen die Arbeit beim Vieh geltend. Wenn die Leute sich vorstellen, so kommen sie heute im Gehrod. (Weiterkeit.) In den 33 Jahren meiner Tätigkeit habe ich dreimal die Maul- und Ruhrerkrankung gehabt. (Große Weiterkeit.) Vebel erklärt man am grünen Tisch oft recht unpraktische Verordnungen. Es ist ein Trugschluss, wenn man glaubt, daß die einfache Herabsetzung eines Zolles sofort eine preiserniedrigende Wirkung haben muß. Das Zusammen der verschiedenen Wirtschaft, namentlich auch auf großen Gütern, besagt seiner mehr als ich. Hier sollte der Landwirtschaftsminister einmal eingreifen. Man sollte nicht nur den großen Komplexen, sondern allen Erleichterungen gewöhnen. Wir sehen unentwegt auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsbildung, die die Ursache der gegenwärtigen Situation ist, in der sich das Vaterland befindet. Gerade jetzt, wo an unseren Grenzen schwere Krisen drohen, müssen wir dafür sorgen, daß Deutschland dauernd mit eigenem Vieh versehen wird. (Beifall.) — Abg. Graf von Schwerin-Köslitz (natl.): Die Landwirtschaft wünscht lediglich gleichmäßige mittlere Preise, bei denen sie bestehen kann. Am meisten hat mich der Ausspruch des Reichskanzlers gereizt, daß man in der Wirtschaftspolitik wissen müsse, was man wolle. Bedenkt man die schweren Beeinträchtigung unserer Landwirtschaft haben wird, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen bedauern, nicht deswegen, weil sie irgendeinen Einfluß auf die Preisbildung haben. Ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des deutschen Volkes aus dem Inlande vielleicht schon in fünf Jahren erreichen. Wir dürfen die Kontrolle des deutschen Vieles nicht immer verschärfen, während wir die für das Ausland abzugeben wollen. Daß die Herren in Amerika ihr bestes Vieh selber essen und nicht uns herüber schicken, verachtet sich doch ganz von selbst. Bedauerlich ist, daß die Stadt Berlin das Angebot der pommerischen Genossenschaften abgelehnt hat. Politische Gründe beeinflussen die Städte. Das ist sehr bedauerlich. Die Stadt Berlin hat durch die Ablehnung des Angebotes ein unangenehm gemacht. Vieh um 17 bis 18 Mark unter der heutigen Tagesnotierung zu liefern und 8 bis 9 Mark billiger zu verkaufen, als sie das russische Vieh liefert. Die Herren Berliner werden einsehen, wenn sie da die teuren Viehpreise zu verstanden haben. (Sehr richtig rechts.) Der ernsthafte Versuch der deutschen Landwirtschaft, einen Ausgleich der Viehpreise auf mittlerer Höhe zu finden, scheint an dem Widerstand einer rassistischen Verwaltung zu scheitern. Wir sind mit den Maßnahmen, die die Regierung zur Bekämpfung der Viehsteigerung getroffen hat, nicht allgemein einverstanden, stimmen aber der Wirtschaftspolitik der Regierung zu. — Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß die Sozialdemokraten ihren Antrag mit dem Mißtrauensvotum und der Spezialisierung zurückgezogen haben. Sie beantragen, die Frage, ob die Spezialisierung zulässig ist, zur nochmaligen Verhandlung an die Geschäfts-Kommission zurückzuweisen. Zugleich haben sie einen neuen Antrag eingebracht, der auf die Spezialisierung verzichtet und nur ein Mißtrauensvotum enthält. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Behandlung der gegen die Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Ansehung des Reichstages.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Alle Verhandlungen der letzten drei Jahre über die Teuerung haben uns der Lösung des Problems nicht wesentlich näher gebracht, weil die Erörterung in der Regel auf fälschlichen Voraussetzungen aufbaut ist. Die Debatte artete immer in einen wirtschaftspolitischen Preisereid. (Lebhaftes Gähnen, hört links.) Aber unter der Zollpolitik hat Deutschland eine glänzende Entwicklung aufzuweisen. Die allgemeine Teuerung spielt sich nicht nur in den Grenzen des betreffenden Landes ab, sondern wird beeinflusst durch Vorgänge in der ganzen Welt. Es sind andere Momente für die Preisereidung maßgebend als unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik. Der Staatssekretär macht eingehende statistische Angaben über die Steigerung der Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Großbritannien, Dänemark, Schweden, der Schweiz, Italien, Oesterreich-Ungarn, Neuseeland usw. Die Teuerung der Nahrungsmittel hat ihren Grund in der internationalen Wirtschaft, in Ursachen, die wir außer Stande sind, aus der Welt zu schaffen. Für uns handelt es sich jedoch darum, uns zu fragen, wie wir in dieser Stunde den breiten Massen der Großstädte helfen können. Die Vorgänge zwischen der Produktion und dem Konsum haben sich verschoben und sind komplizierter geworden. Wir müssen prüfen, ob hier nicht Wandel geschaffen werden kann. Die Regierung wird Großbetriebe, bestellend aber vom Kleinbetriebe alle wirtschaftlichen Nachteile bei. Die Kommunen haben sich der Sache angenommen. Es ist nicht zu verkennen, daß wir damit in ein großes Gebiet der Wirtschaftspolitik eingreifen. Wir müssen aber dahin streben, die Preise zu stabilisieren und die Schwankungen abzumildern. Gerade diese Frage beschäftigt uns seit einem Menschenalter. Wir müssen eine gewisse Solidarität in der Verhältnisse der produzierenden Landwirtschaft und eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Lebensverhältnissen der Konsumenten herbeiführen. Günstig gelingt es der Enquete-Kommission, recht bald zu einem präzisem Ergebnis auf diesem uns allen am Herzen liegenden Gebiet zu kommen. (Beifall.) Abg. Goebel (sp.): Der Reichskanzler hat einen Cier-tana aufgeführt, ebenso die Redner der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen. Der Staatssekretär war ein schlechter Prophet, und auch die Pro-

pheteungen unseres Landwirtschaftsministers sind ein trauriges Kapitel. Dazu v. Schorlemer hat das Viehvieh so sehr geliebt, vielleicht hat er einmal bei einem parlamentarischen Dinner auch seinen Wägen Pferdefleisch vor und sagt ihnen hinterher: Wissen Sie, was Sie gegessen haben? (Weiterkeit.) Offenlich wird dann nicht auch das „Kampffoppost“ von Werden sein. Die bestehenden Futtermittelverhältnisse und das Einfuhrverbot sind eine Verflüchtigung gegen die kleinen Landwirte und alle Konsumenten. Von dem überflüssigen Vieh erwarten wir keine dauernde, aber eine vorübergehende Besserung. Die innere Kolonisation geht viel zu langsam vor sich. Der Stadt Berlin ist es nicht zu verdenken, daß sie das pommerische Angebot abgelehnt hat; denn es handelte sich nicht um die Lieferung von Vieh, sondern von teurem Vieh. Wir treiben von einer Fleischnot in die andere, und jede ist schlimm. Schuld ist die Regierung und die Arbeiterschaft dieses Hauses. (Beifall links.) — Abg. Zenda (Volk): Der Reichskanzler und die Minister haben in langen Reden ihre Arbeiterfreundlichkeit betont. Im selben Anknüpfung haben sie aber Dunderge von Arbeitern brotlos gemacht im Wege der Entlohnung. Abg. Meißner (Wl.-Volk): Ich erkenne die Maßnahmen der Regierung an. — Abg. Gebhart (Wl.-Volk) weiß die maßlose Kattation der Sozialdemokraten zurück. Scheide, man habe den deutschen Bauernstand beschimpft. — Abg. Dr. Südekum (Soz.) behauptet demgegenüber: Die Sozialdemokraten hätten die berechtigten Interessen der Bauern stets vertreten. (Rufen.) Leider würden die Interessen der Bauern dadurch kompromittiert, daß sie mit denen der Großgrundbesitzer stets verwechselt würden. Der Reichskanzler habe die unbewiesene Behauptung wiederholt, daß die Mitte Deutschlands auf den fränkischen Schuttsoll zurückzuführen sei. — Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Frage, ob ein Antrag zu einer Interpellation spezialisieren werden darf, wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Vorlage über die Sozialleistungen werden acht an eine besondere Kommission. Ueber den Antrag zur Interpellation wird morgen namentlich abgemittelt. — Staatssekretär Delbrück erklärt noch, daß er die Interpellation über den Wagenmangel in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beantworten werde. Morgen 11 Uhr: Namentliche Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum; keine Vorlagen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die nationalliberale Fraktion wird sich in der heute abend 8 Uhr stattfindenden Fraktionsversammlung über ihre Stellungnahme zu dem Mißtrauensvotum schlüssig werden. Nach der „Nationalist“ ist eine erhebliche Minderheit nicht in der Lage, zu Gunsten des Reichskanzlers abzustimmen. Für den Mißbilligungsantrag stimmen geschloffen die dreifünfte Volkspartei und die Sozialdemokratie.

Die Arbeiten der Strafrechtskommission.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Arbeiten der Strafrechtskommission wird mitgeteilt, daß die erste Lesung des Entwurfs bis Weihnachten beendet sein dürfte. Die zweite Lesung soll im Januar beginnen. Es dritte Lesung ist nicht in Aussicht genommen. Es wird beabsichtigt, während der Beratung des Entwurfs in zweiter Lesung die Presse über alle seine Bestimmungen ausführlich zu vernehmen, die im Zusammenhang mit der Presse stehen. Nach Beendigung der zweiten Lesung geht der Entwurf an das Reichsjustizamt, das ihn zur Regierungsvorlage ausarbeitet. Die bisherigen Beschlüsse weichen in wesentlichen Punkten von dem Vorentwurfe ab.

Das Schiedsgericht für die Angestelltenversicherung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine kaiserliche Verordnung bestimmt nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats: Für die Angestelltenversicherung wird ein Schiedsgericht in Berlin und zwar für das Reichsgebiet errichtet. Dilem Schiedsgericht wird die Entscheidung auch in solchen Fällen zugewiesen, in welchen es sich um Versicherung oder deren Angehörige handelt, die außerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches wohnen oder beschäftigt sind.

Zur Frage der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Abgeordnete Haus-Kommission zur Beratung der elektrischen Verkehrsordnung auf der Berliner Stadt- und Ringbahn ist sich noch immer nicht darüber klar, ob Dampf- oder Elektrizität vorzuziehen ist. Sie beschloß, sich den elektrischen Betrieb auf der Samsburg-Altonaer Stadtbahn und später die Anlagen in Bitterfeld anzusehen.

Dr. Stresemann als Reichstagskandidat in Neuchâtel.

Gera. (Priv.-Tel.) Für die durch den Tod des sozialdemokratischen Abgeordneten Förster notwendig gewordenen Reichstagsersatzwahl in Neuchâtel, die abhaltenden die Nationalliberalen den früheren Abgeordneten Dr. Stresemann als Kandidaten aufstellen.

Die angeblichen „Spione“ in Marienwerder.

Marienwerder. (Priv.-Tel.) Die in zwei hiesigen Hotels in der verflochtenen Nacht unter dem Verdacht, russische Spione zu sein, verhafteten Fremden sind, wie sich herausgestellt hat, zwei Reisende einer Berliner Kleiderfirma. Beide wurden wieder auf freien Fuß gesetzt und haben ihre Geschäftsreise fortgesetzt.

Erfolge der drahtlosen Telegraphie.

Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Paulsen hat zwischen San Francisco und Honolulu, d. h. über eine Strecke von mehr als 2400 engl. Meilen, eine drahtlose Verbindung hergestellt. Das Paulsen'sche System funktioniert auch schneller als die gegenwärtigen Marconi-Apparate. Gerichte sprechen davon, die Marconi-Gesellschaft hätte die Absicht, die amerikanische Paulsen-Gesellschaft anzukaufen.

Eine neue politische Bewegung in Persien.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Aus Teheran wird gemeldet, daß die Mutter des Schah mit ihren Kindern die Stadt inognito passiert habe, um sich nach Teheran zu begeben und den jungen Schah zu bewegen, zu Gunsten seines Vaters abzutreten. Die Begegnung ist vom Ministerpräsidenten veranlaßt worden.

Die mongolische Frage.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Ein russisch-chinesischer Krieg wird hier in vielen Kreisen als unabwendbar angesehen. Hebrall werden Versammlungen abgehalten, in denen zum Kriege aufgerufen wird. Ueber fünf Millionen freiwilliger Spenden für einen Kriegsfonds sollen bereit sein.

Hankau. Hier hat sich eine Gesellschaft zur Rettung der Mongolei gebildet. Diese schlägt vor, die Bevölkerung solle, falls das russisch-mongolische Abkommen in Kraft bleibe, die russischen Waren boykottieren, russisches Geld nicht annehmen und die bei der chinesisch-russischen Bank eingezahlten Depositen zurückverlangen. Die Handelskammer agitiert in dieser Richtung, und die Obrigkeit verhält sich vollständig untätig.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem preussischen Gesandten in München, v. Treutler, wurde das Großkreuz des Sächsischen Albrechtsordens verliehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die erste Reichenhain'sche Ausstellung in Berlin erfolgte im Krematorium der Stadt. Die Kosten der Einkehrung betragen nur 80 Mk. Das Aufstellen einer Urne kostet 20 Mk. auf die Dauer von